

dem bisherigen Wege erreichen, d. h. durch Schritte beim Völkerbund²³³. Man machte geltend, im Versailler Vertrag selbst sei der Völkerbund zu einer Umgestaltung legitimiert auf Grund des Artikels 46, der ihm als Treuhänder das Wohl der Saarbevölkerung anvertraue. Die wirtschaftlichen Probleme, die angesichts der Sperrung der Zollgrenzen gegenüber dem Deutschen Reich, der beginnenden Verschlechterung der französischen Währung und der fortschreitenden wirtschaftlichen Sanierung Deutschlands auftauchten, bildeten die Basis zu Forderungen, die sich von Ausnahmebestimmungen für die deutsche Einfuhr an der Saar über Forderungen zur Wiedereinführung der deutschen Währung bis zur Nichtdurchführung der Eingliederung ins französische Zollsystem erstreckten. Vom Völkerbund wurde eine konstruktive Politik in dieser Richtung verlangt.

Diese Tendenz in der Politik der saarländischen Parteien, die letztlich in der Erbitterung über die Abtrennung vom Deutschen Reiche wurzelte, wurde endgültig und unmißverständlich für die Weltöffentlichkeit in der saarländischen Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich im Jahre 1925 offenbar²³⁴. Die Saarländer gaben dieser Feier eindeutig den Charakter einer Vorabstimmung; die Reaktionen der saarländischen Parteien auf das Vertragswerk und die Saarpolitik der Regierungskommission und Frankreichs hatten so bereits 1925 für 1935 alles entschieden. Die Parteien vertraten hinfort die Auffassung, daß das Saarregime überholt sei²³⁵. Auch angesichts dieser Entwicklung besaß der Völkerbund keine politische Möglichkeit, da das Saargebiet ihm als Verwaltungsaufgabe zugewiesen war und seine eigene Existenz auf dem Versailler Vertrag basierte. Für ihn galt der Rechtsgrundsatz: *Pacta sunt servanda*. Das Sekretariat hörte die Wünsche und Erklärungen der Saarbevölkerung an, wies die Parteivertreter aber immer wieder darauf hin, daß diese Gegenstände eine deutsch-französische Angelegenheit seien und nicht vom Sekretariat aufgegriffen werden könnten. Neben der Reibungsfläche zwischen Regierung und Bevölkerung — auch nach der Umwandlung im Saarregime — blieb die Möglichkeit ständiger Mißverständnisse zwischen Völkerbund und saarländischen Parteien, da sie das Unvermögen des Völkerbundes, die Lösung der Saarfrage einzuleiten, weder verstanden noch akzeptierten.

²³³ S.D.N. Dokumente: C. 126. M. 36. 1924. I. Denkschrift der pol. Parteien v. 29. 2. 1924 „Die Auswirkung der Frankenentwertung auf das Wirtschaftsleben des Saargebietes“; C. 413. M. 152. 1924. I. Denkschrift der pol. Parteien v. 9. 8. 1924 „Die mißbräuchliche Ausbeutung des Saargebietes durch Frankreich“; C. 116. M. 56. 1925. I. Denkschrift der pol. Parteien v. 16. 2. 1925 „Die unhaltbare zollpolitische Lage des Saargebietes“; C. 128. M. 57. 1925. I. Denkschrift der pol. Parteien v. 20. 2. 1925: „Die beabsichtigte Währungsverschlechterung im Saargebiet“.

²³⁴ Rheinische Jahrtausend-Feier im Saargebiet, Saarbrücken und Völklingen 1925; L. Bruch, Jahrtausend-Feier der Rheinlande im Saargebiet, Saarbrücken — Völklingen 1925.

²³⁵ Vgl. über die Weiterentwicklung dieser Auffassung unten S. 211 ff.